

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 9, 2. Mai 2002

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 / 611 62 49
E-Mail: info@apabz.de, Nr. 0670017787

Einblicke

Rechts um

Von Helmut Lölhöfel

Das Wahlvolk reagiert rebellisch. Es hat von den etablierten Parteien die Nase voll. Europa marschiert stramm nach rechts.

Der Wahltag am 21. April hat uns schockartig vor Augen geführt, dass die große Idee einer demokratischen, sozialen und freiheitlichen Europäischen Union – in früheren Jahrzehnten hoffnungsvoll verkörpert durch Staatsmänner wie Willy Brandt, Bruno Kreisky, Olaf Palme, Joop den Uyl und Felipe Gonzales – Vergangenheit ist. Heute können sich Leute wie Jean Marie Le Pen, Jörg Haider oder Silvio Berlusconi breit machen. Dass der rechtsextreme und fremdenfeindliche Demagoge Le Pen einen amtierenden Ministerpräsidenten aus der Politik treiben konnte, hat mehr als symbolische Bedeutung. Es ist ein unübersehbares Zeichen dafür, dass Europa nach rechts driftet. Auch wenn der Chef des Front National nicht Staatspräsident wird: Dass sich Frankreich nur noch zwischen rechts-konservativ und rechts-extrem entscheiden kann, ist schlimm genug. Das Spektrum wird enger, das klassische Rechts-Links-Schema wankt.

Welche Lehre ist aus dem Wahlgang zu ziehen? Alle demokratischen Parteien müssen sich auf die Werte eines freien, sozialen und modernen Europa besinnen. Und sie müssen ihre arrogante Missachtung der Ängste und Nöte weiter Teile der Bevölkerung ablegen. Aber sie dürfen dabei nicht auf die nahe liegende Versuchung hereinfallen, sich populäre rechte Parolen zu eigen zu machen.

Hinter dem französischen Drama ist beinahe verblasst, was am gleichen Tag in Sachsen-Anhalt geschah: Die vor vier Jahren mit knapp 13 Prozent gewählte DVU verschwand wieder, die Schill-Partei kam nicht in den Landtag und wird wohl nicht bei der Bundestagswahl antreten. Zuletzt ein Blick nach Ungarn: Dort wurde ein Regierungschef, der keine saubere Trennlinie zum rechten Rand zog, nicht wieder gewählt. Immerhin, auch Lichtblicke an einem deprimierenden Tag.

Drohung umgesetzt

Der Nationale Jugendbund Zittau ist mit seinem neuen Domizil jetzt mitten in der Stadt präsent.

Seite 3 ■

Hitler-Verehrung

Alljährlich am 20. April gedenken Neonazis auf Feiern oder in einschlägigen Foren im Internet ihres Idols.

Seite 4 ■

Le Pen im Höhenflug

Die extreme Rechte in Frankreich holte bei den Arbeitern und Erwerbslosen weit überdurchschnittliche Stimmengewinne.

Seite 7 ■

Mit Tabus gebrochen

Dem niederländischen Rechtspopulisten Pim Fortuyn werden bei der Parlamentswahl allgemein gute Chancen eingeräumt.

Seite 8 ■

Eindrucksvolle Beiträge

Im bundesweiten Jugendwettbewerb „Du gegen rechts“ konnten jetzt die Preisträger ausgezeichnet werden.

Seite 11 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**Überzogen**

Der israelische Krieg gegen den palästinensischen Terror hat Fernwirkung auf Stimmungen in Deutschland.

Wie aufgeregt diese Stimmung ist, veranschaulicht ein Beispiel aus Berlin. In einem Gespräch mit dem Journalisten Igal Avidan, der für israelische Medien aus Berlin berichtet, hatte ein Beamter des Landeskriminalamts laut darüber nachgedacht, wie Juden vor öffentlichen Anfeindungen und Angriffen geschützt werden können. Anlass für seine Überlegung waren zwei Überfälle vermutlich arabischer Jugendlicher auf Juden, die Kippas oder Anhänger mit Davidstern trugen.

Ein etwa eine Minute langes Zitat des Berliner Staatsschützers strahlte der israelische Armeefunk im Originalton aus und die Zeitung „Ha'aretz“ berichtete mit kritischem Unterton. Damit begann ein sich steigernder Medienwirbel, dessen Anlass am Ende kaum noch erkennbar war. Um die Tatsachen durchschaubarer zu machen, dokumentiert „blick nach rechts“ einen Auszug aus dem Tonbandmitschnitt der Äußerungen des Berliner Polizisten:

„Personen, die sich im Stadtgebiet bewegen, unkontrolliert will ich mal sagen, und eben nicht prominent sind und vielleicht durch ihren Glauben auch nach außen hin manifestieren, dass sie orthodox sind, sind natürlich erkennbar. Und insofern leider nicht in allen Fällen schützbar. Ich hätte ein paar Verhaltensregeln, die ich kundtun könnte. Ich kann mir aber vorstellen, dass ich dadurch unsere orthodoxen Mitbürger verletzen würde in ihrem Glauben. Natürlich wäre es ein probates Mittel, es nicht nach außen zu zeigen, also weder durch Bekleidung noch durch Symbole, durch die Kippa oder ähnliche Gegenstände, Davidstern natürlich. Jedoch ist das ein schwieriges Unterfangen, gerade wenn man seinen Glauben nach außen manifestieren möchte. Insofern wäre das ein Mittel und jeder mag prüfen, ob er ein solches für sich als tauglich erachtet.“

Der Interviewer Igal Avidan konnte daran nichts Ungewöhnliches entdecken. „Der Polizist“, sagte er der „Berliner Morgenpost“, habe erklärt, „dass sich die Juden in Berlin durchaus sicher fühlen kön-

nen. Dennoch sollten sie Verhaltensregeln beachten und möglichst keine religiösen Zeichen in der Öffentlichkeit tragen. Das war seine Meinung. Ich verstehe deshalb die ganze Aufregung nicht.“

Trotz dieser eindeutigen Interpretation gab es überzogene Reaktionen und wütende Erwidierungen: Ein deutscher Polizist habe den Juden keine Ratschläge zu erteilen, sondern den Antisemitismus zu bekämpfen. Das stimmt natürlich. Aber niemand sollte absichtsvoll die Argumente verdrehen. Kein Mensch möchte den Juden vorschreiben, wie sie sich kleiden, was sie auf dem Kopf tragen und welche Symbole ihren Schmuck zieren. Es gibt jedoch Anlässe, darüber nachzudenken, ob wir in aufgeheizter Atmosphäre Juden, die hier leben oder als Touristen kommen, vor Angriffen schützen können. Das muss auch in emotionsgeladenen Zeiten möglich sein. Zu bedenken ist nämlich: Falls Übergriffe auf Juden in Deutschland zunehmen – sei es von Arabern oder von Rechtsextremen – wird immer lauter die Frage an die Sicherheitsbehörden gestellt, warum sie nicht genug zu deren Schutz tun. Darauf gibt es dann ohnehin nur eine Antwort und die ist unbefriedigend: Rabbiner, die auf der Straße spazieren gehen oder Frauen in der U-Bahn, deren Halsketten mit Davidstern sichtbar sind, können nicht einzeln bewacht werden.

So ist die bedächtig formulierte Sorge des Berliner LKA-Beamten durchaus vernünftig. Wenn durch sein Interview „Missverständnisse“ hervorgerufen wurden, wie der Berliner Innensenator Ehrhart Körting vorsorglich beschwichtigend einräumte, ist aber bestimmt nicht der Inhalt ursächlich, sondern die Stimmung im Umfeld. Und die ist, vermutlich auf unabsehbare Zeit, eben schrecklich ungünstig.

Auch Alexander Brenner, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, hat erkannt, dass keine böse Absicht hinter den Worten des Polizeibeamten steckte und ordnete sie so ein: „Das war meines Wissens kein Vorschlag der Polizei, sondern die Idee eines einzelnen Kommissars“, sagte Brenner der „Berliner Zeitung“. Vielleicht habe der Mann es „gut gemeint“, merkte er an, „aber es ist sehr falsch formuliert worden. Ich jedenfalls sagte das Gegenteil: Alle, die es wollen, sollen weiter offen die jüdischen Symbole tragen, die Kippa oder den Davidstern und so weiter. Wir bekennen uns öffentlich zur jüdischen Identität.“ Diese erfreulich klaren Worte sind zu respektieren.

Helmut Lölhöfel

Hintergrund**Kopf in den Sand**

Der Nationale Jugendbund bezieht ein neues Domizil mitten in Zittau – die Stadt will das Problem lieber ignorieren.

Wenn Jürgen Krumpholz, der NPD-Kreisvorsitzende von Görlitz, an einer Stadtratssitzung teilnimmt, dann kann davon ausgegangen werden, dass es sich um eine wichtige Angelegenheit für die regionale Neonaziszene in der Lausitz handelt. Krumpholz gilt allgemein als wichtiges Scharnier zwischen dem radikalen Flügel der NPD sowie den örtlichen Organisationen und den Freien Kameradschaften. Als Krumpholz am 28. Februar gemeinsam mit weiteren 30 Neonazis an der Stadtratssitzung in Zittau teilnahm, ging es wieder einmal um den Nationalen Jugendblock (NJB), die seit zehn Jahren sehr aktive lokale Gruppierung der Neonaziszene. In der Sitzung sollte die Entscheidung über einen Erbbauvertrag für das Gebäude in der Südstraße fallen, das der NJB bereits seit mehreren Jahren nutzt.

Letztlich scheiterte dieses bundesweit wohl einmalige Vorhaben. Statt der Siegesfeier mit Konzert, zu der sich 120 Neonazis in Zittau eingefunden hatten, kam es zu einem Großeinsatz der Polizei gegen die Veranstaltung. Nachdrücklich bestätigten sich die Warnungen der Kritiker des NJB, dieser verkörpere und steuere ein erhebliches Gewalt- und Drohpotenzial. Den anrückenden Beamten wurde erheblicher Widerstand entgegengesetzt. Wenige Wochen später wurde dies nachdrücklich unterstrichen. Das Landgericht Görlitz verhandelte gegen einen Neonazi aus dem NJB-Umfeld, der im vergangenen Jahr gemeinsam mit Gesinnungsgenossen Menschen auf einem Zittauer Sportplatz angegriffen hatte. Eines der Opfer, das unter dauerhaften Schäden leidet, überlebte nur, weil der behandelnde Arzt sofort das Ausmaß der Verletzungen erkannte.

Das Vorhaben der Stadt, Rechtsextremismus und Gewalt dadurch zurückzudrängen, dass die regionale Szene auf ein Haus konzentriert und dort sozialarbeiterisch betreut wird, muss als umfassend gescheitert angesehen werden. Ausdrücklich widersprach sogar der sächsische Innenminister Klaus Hardraht (CDU) der Einschätzung der Stadtväter, beim NJB habe eine Besserung oder gar Charak-

teränderung stattgefunden. Der Verein sei weiterhin neonazistisch ausgerichtet. Dies hätte eigentlich auch vor Ort bekannt sein müssen. Schließlich hatte es erst im November 2001 einen Überfall von Neonazis auf einen alternativen Club gegeben. Geschickt operierte in dieser Phase der NJB mit der Drohung, wenn man das Haus in der Südstraße nicht zu den gewünschten Konditionen erhalte, werde man vom Stadtrand in die Lessingstraße ins Stadtzentrum ziehen.

Die Drohung ist inzwischen umgesetzt. Wie erst jetzt bekannt wurde, bestand bereits seit einem Jahr ein Mietvertrag mit dem Hauseigentümer, der sich selbst als linksliberal charakterisiert und der Ansicht ist, jede politische Strömung müsse sich ungehindert treffen können. Der Vertrag war für den Zeitraum der Verhandlungen des NJB mit der Stadt ausgesetzt. Waren die Neonazis in der Südstraße noch an den Stadtrand gebunden, so sind sie jetzt im Stadtzentrum nicht zu übersehen. Dies ist für viele Bürger das eigentliche Ärgernis. Für ihr neues Domizil haben sich die NJB-Aktivistinnen ein geschichtsträchtiges Umfeld ausgesucht. Direkt gegenüber von ihrem Anwesen befand sich einstmalig der Gebetssaal der Jüdischen Gemeinde Zittau, der am 9. November 1938 zerstört worden war.

Der Stadtrat unter Oberbürgermeister Voigt scheint entschlossen, die Politik des Leugnens des Problems und des Verschweigens fortzusetzen. „Wir lassen uns von den Rechten nicht beeindrucken“, so seine öffentliche Stellungnahme. Anlass für das Statement ist eine vom NJB für den 27. April angemeldete Demonstration. Das zuständige Landratsamt trieb die Politik der Geheimhaltung so weit, dass sogar Informationen über das Thema der Veranstaltung verweigert wurden. Darüber dürfe sie keine Auskunft geben, so eine Sprecherin des Landrates. Unter dem scheinbar unverfänglichen Motto „Gleiches Recht für alle“ will jetzt der NJB seine Anhänger sammeln. Er kann auf ein stabiles und organisiertes Umfeld in der Lausitz und in Niederschlesien zählen, die für eine Unterstützung bereitstehen. Ob es der NPD-Kreisverband Löbau-Zittau oder der in Görlitz ist, die Schlesischen Jungs aus Niesky, die heidnisch ausgerichtete militante Gruppe Odins Legion oder die Freie Kameradschaft aus Hoyerswerda, sie alle stehen auf Abruf bereit. Ein Verbot des Aufmarsches wurde durch den Landrat noch nicht einmal versucht. Das Problem der Neonazi-Aktivitäten wird weiterbestehen. Für den 10. August ist die nächste Demonstration in Zittau angemeldet. *Volkmar Wölk*

Hintergrund**Grüße nach Walhalla**

Alljährlich gedenken Neonazis des Führers Geburtstag am 20. April. Neben geschlossenen Feiern in Gaststätten oder Waldhütten bieten auch einschlägige Foren im Internet Raum für die Hitler-Verehrung.

„Hoch soll er leben!“, schallt es durch den abendlichen Wald im Sauerland. Ein gewöhnliches Geburtstagskind ist es nicht, das an diesem Samstagabend in einer Hütte des Roten Kreuzes und an der Feuerstelle draußen am Bach befeiert wird. Schon das Äußere der Feiernden macht das deutlich. Erst recht aber ihr nächster Spruch: „Führer befehl, wir folgen dir!“

Der 20. April 2002: An die 70 Neonazis aus dem Sauerland, dem Siegerland und dem Ruhrgebiet treffen sich in Arnsberg, um „Führers Geburtstag“ zu feiern. Dazu gehören salbungsvolle Erinnerungsworte für den Mann, der Millionen Menschen auf dem Gewissen hatte, ehe er seinem Leben ein Ende machte. Dazu gehört jede Menge Bier, und dazu gehören „Sieg Heil“-Rufe und die alten Lieder. Wie das Horst-Wessel-Lied, das die Geburtstagsrunde so textsicher grölt, als gäbe es nichts Natürlicheres auf der Welt: „Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen. SA marschiert mit ruhig festem Schritt.“ Die alten Sprüche – bei den überwiegend jungen Leuten am lodernden Lagerfeuer sollen sie wieder lebendig werden. „Für Führer, Volk und Vaterland“, so rufen sie. Oder: „Heil dem Führer, Heil dem Vaterland!“

Nicht nur am kalten Waldrand wird des „Führers“ gedacht. Auch in den einschlägigen Foren des Internet erinnern die Neonazis an ihr Idol. Eines der neueren Foren auf einer Seite mit dem treffenden Namen „Adolfus-Bund“ bietet Lesern und Schreibern für die Hitler-Verehrung gar eine eigene Rubrik an: „Adolf Hitler – Es lebe der Führer, denn Hitler ist Deutschland, sowie Deutschland Hitler ist!“, so ist sie in eigenwilligem Deutsch betitelt. „Herzliche Glückwünsche zum 113ten“ hagelt es rund um den 20. April auf den braunen Internetseiten. „Beste Grüße“ werden nach „Walhalla“ geschickt. „Du lebst in unseren Herzen weiter – für IMMER!“, versichert einer der Diskutanten. Deutschlands Nachwuchs-„Rechtselite“ beherrscht

zwar die eigene Sprache nur mit Mühe, weiß aber: „Möge man auch noch so viel Schwachsinn über ihn erzählen (ala er sei schwul) bleibt er doch einer der intelligentesten Politiker die es jemals gab.“ Ihre Hoffnung mögen sie nicht aufgeben: „Du wirst uns ein ewiges Beispiel bleiben in der Hoffnung, dass einst ein Sohn unseres Volkes Deinem Erbe gerecht werden kann und unser Reich erneut zu alter Stärke und altem Glanz führen wird!“ Dass andere Rechtsextremisten vermeiden, einen allzu offenkundigen Bezug zum historischen Nationalsozialismus herzustellen, das stört die Hardcore-Fraktion nicht. Und auch auf Grußformeln, die sonst in diesen Foren wegen der Sorge vor strafrechtlicher Verfolgung verpönt sind, mag man zu diesem Anlass nicht verzichten – ob mit „Adolf Hitler – SIEG HEIL!!!“ oder mit „HEIL HITLER!!!“

■ „Sieg-Heil“-Gegröle am lodernden Lagerfeuer ■

Wer an einem Tag, da Feiern angesagt ist, zu einer Demonstration aufruft, stößt auf weniger Resonanz. Ein in Hannoversch-Münden geplanter Neonazi-Auflauf blieb gleich ganz verboten. Und auch die Organisatoren einer Demonstration in Weimar – darunter Christian Worch und Marko Polzius – bekommen zu spüren, dass die Kameraden anderes zu tun haben, als – mit Auflagen eingedeckt, womöglich ohne die geliebten Springerstiefel und ohne singen zu können, was man eigentlich mag – durch die Stadt zu ziehen. Dabei hatten sie vermieden, öffentlich eine Verbindung zum historischen Nazismus herzustellen. „Auf den Geburtstag von Adolf Hitler soll in keinsten Weise angespielt werden“, hatte das Aktionsbüro Westthüringen ausdrücklich beteuert. „Bezugnahmen zum Geburtstag Adolf Hitlers sind vom Veranstalter nicht erwünscht und könnten – wenn jemand auf diesen Gedanken käme – juristisch negativ sein, auch im Blick auf die Durchführung zukünftiger Veranstaltungen“, warnte am Tag vor der Demonstration noch einmal präventiv das „Nationale Infotelefon Rheinland“ auf seiner Homepage davor, in Weimar über die Stränge zu schlagen.

Nicht ohne Grund: Gerade mit Hinweis auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegen eine Neonazi-Demonstration am Holocaust-Gedenktag, dem 27. Januar, hatte die Stadt Weimar den Aufzug verboten. Und vor dem örtlichen Verwaltungsgericht bekam sie Recht: „Der 20. April ist in der Bevölkerung untrennbar mit den Ge-

walttaten des Hitlerregimes verbunden und deutlich in der Erinnerung der Bevölkerung verhaftet“, ließen die Richter verlauten. Und: Vor dem „Hintergrund der jüngeren deutschen Geschichte würden durch die hier beabsichtigte Großveranstaltung am 20. April grundlegende soziale und ethische Anschauungen der Gesellschaft, zumal der in Deutschland lebenden jüdischen und ausländischen Mitbürger in ähnlich erheblicher Weise wie bei einer Durchführung einer entsprechenden Versammlung an dem zum Gedenken der Opfer des Holocaust geschaffenen staatlichen Gedenktag verletzt.“ Zwar hob das Oberverwaltungsgericht das Verbot auf. Doch am Ende kamen statt der erwarteten 1500 bis 2000 Teilnehmer lediglich 250, die noch dazu mit fantasievollen Gegenaktionen der Weimarer empfangen wurden und auf den eigentlich vorgesehenen Auftritt der Dortmunder Skinheadband „Oidoxie“ verzichten mussten.

Erfreulicher für die Beteiligten verlaufen die meisten kleineren Geburtstagfeiern. Am Lagerfeuer am Wald in Arnsberg erreicht die Stimmung neue Höhen. „Lasst die Messer flutschen in den Judenleib“, jöhlt es am Lagerfeuer, um danach gleich grölend festzustellen, was man – Frauen sind in diesen Kreisen in der Minderzahl – vom Staat hält: „Blut muss fließen, knüppelhageldick, und wir schießen auf die Freiheit dieser Judenrepublik.“ Die Polizei, die die Personalien der „Geburtstagsgäste“ aufnimmt, sorgt wegen einer Ruhestörung nur für eine kurze Unterbrechung der Feierrunde: Ganz so laut darf es anschließend nicht mehr zugehen.

Nicht alle Neonazis haben an diesem Abend so viel Glück: Zwei Bundeswehrsoldaten werden von der Polizei in Bochum den Feldjägern übergeben, weil sie Nazi-Sprüche grölen. Über insgesamt 15 Festnahmen wird in Brandenburg berichtet; gegen zwei Männer ergeht Haftbefehl, weil sie in Eberswalde einen 17-Jährigen zusammengeschlagen hatten. In Bautzen werden vier Jugendliche nach „Sieg Heil“- und „Ausländer raus“-Rufen festgenommen. In Eilenburg wird eine rechtsextremistische Musikveranstaltung aufgelöst. Und in Alfdorf im Rems-Murr-Kreis nimmt die Polizei gleich 52 Personen fest, die zu den Klängen einer Skinheadband feiern wollen. Gegen sie werden Strafverfahren wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet. Die Polizeibeamten, so berichtet die örtliche Presse, wurden mit Hitlergruß und „Sieg Heil“-Rufen begrüßt, als sie die Gaststätte betraten, in der die Neonazis sich versammelt hatten.

Tomas Sager

Aktivitäten

„Suppe versalzen“

Erneut konnte in der Pfalz ein NPD-Zentrum verhindert werden.

In den Rathäusern der Pfalz sind die beiden schon gefürchtet: Martin Laus, NPD-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz und sein ständiger Gehilfe Sascha Wagner. Früher begnügte sich das rechte Führungsduo mit Anmeldungen von Demonstrationen. Doch seit Anfang des Jahres sucht die NPD in der Pfalz ein Gebäude, um ein „nationales Begegnungszentrum“ aufzubauen. Drei Objekte hatte man sich schon ausgesucht, 3-mal waren aber die Behörden schneller. Zuletzt wollte die rheinland-pfälzische NPD eine Villa in der 5500-Einwohner-Stadt Kusel übernehmen. Diesmal hatte man sich ausgerechnet einen ehemaligen Swinger-Club ausgewählt. Doch als Stadt- und Kreisverwaltung davon hörten, kauften sie kurzer Hand dem Besitzer die Villa ab.

„Ein NPD-Schulungszentrum schadet der ganzen Region“, meinte im Januar dieses Jahres der Landrat im benachbarten Donnersbergkreis. Damals wollten Laus und Wagner die „Lochmühle“ in Dreisen übernehmen. In dem Dorf mit knapp 1000 Einwohnern war die rechte Szene schon häufiger zu Gast. In rund acht Wochen hatte man in der „Lochmühle“ drei Konzerte mit Bands wie „Schutt und Asche“ oder der Bremer Nazi-Hooligan-Combo „Kategorie C“. Eine ständige NPD-Anlaufstelle im Ort war den Behörden dann aber doch zu viel. Auf Initiative des Landrats kaufte die Kreissparkasse den Landgasthof der NPD vor der Nase weg.

Im Februar hatten die Rechten ein neues Objekt im Visier: eine ehemalige Pizzeria. Die NPD schloss mit dem Eigentümer einen Pachtvertrag ab und lud zum nächsten Konzert. Vor rund 400 Besuchern spielten Mitte Februar die „Barking Dogs“ und „Bürgerwehr“. Zum ersten Mal protestierten nun auch die Einwohner gegen die Umtriebe. Erneut kaufte eine örtliche Kreissparkasse das Gebäude. Der Pachtvertrag wurde gekündigt.

Der Landrat des Kreises Kusel will auch weiterhin alles tun, um den Rechten „die Suppe zu versalzen“. Doch früher oder später, da sind sich alle Kenner sicher, wird die NPD ein Gebäude in der Pfalz finden.

Benny Bender

Aktivitäten**Brauner 1. Mai**

Das rechtsextreme Spektrum mobilisiert für Aufmärsche in verschiedenen Städten. Schauplätze des Kräftemessens zwischen NPD und Freien Nationalisten sind besonders Berlin und Frankfurt am Main.

Wie schon in den vergangenen Jahren wollen auch in diesem Jahr am 1. Mai in zahlreichen deutschen Städten Neonazis durch die Straßen ziehen. Wer gehofft hatte, dass das Verbotsverfahren gegen die NPD diesem Treiben Einhalt gebieten könnte, muss sich getäuscht sehen. In diesem Jahr stehen die braunen Mai-Aufmärsche ganz im Zeichen des Kräftemessens im inner-rechten Machtkampf zwischen NPD und Freien Kameradschaften.

Die NPD hat unter dem Motto „Arbeitsplätze statt Globalisierung“ Demonstrationen in Berlin, Dresden, Göttingen, Heidelberg, Ludwigshafen und Nürnberg/Fürth angemeldet. In Ludwigshafen sind der nach dem letzten Bundesparteitag entmachtete Hans-Günter Eisenecker und das Bundesvorstandsmitglied Andreas Storr als Redner vorgesehen, in Nürnberg/Fürth Sascha Roßmüller und Ralf Ollert, in Dresden wollten der Parteivorsitzende Udo Voigt und Winfried Petzold und in Göttingen der Partei-Jurist Horst Mahler und Peter Marx das Wort ergreifen.

■ Dämpfer für Christian Worch ■

Der zentrale Aufmarschort für die NPD ist allerdings Berlin, wo neben dem NPD-Bundesvorstandsmitglied Holger Apfel der mehrmals wegen Neonazibeteiligung einschlägig vorbestrafte Friedhelm Busse angekündigt sind. Angemeldet war von der NPD eine Demonstration vom Ostbahnhof zum Alexanderplatz. Doch schon längere Zeit vorher war bekannt, dass über einen Ausweichort am Berliner Stadtrand zwischen der NPD und der Polizei verhandelt wird. Das Bündnis „Gemeinsam gegen Rechts“, das sich die Verhinderung der NPD-Demo zum Ziel gesetzt hat, forderte im Vorfeld vom Berliner Senat eine Offenlegung der Route. „Man kann nicht auf der einen Seite dem Aufstand der Anständigen gegen Rechts das Wort reden und auf der anderen Seite demokratisches Engagement gegen NPD-Aufmärsche durch die möglichst lange

Geheimhaltung der Route erschweren“, betonte ein Sprecher des Bündnis gegen Rechts.

Während die NPD ihren Schwerpunkt in der Hauptstadt setzt, wollen die Freien Nationalisten gemeinsam mit der NPD-Opposition in Frankfurt aufmarschieren. Anmelder des Aufmarschs, für den seit Wochen im Internet geworben wird, ist Steffen Hupka, der wegen seines offen neonazistischen Kurses aus der NPD ausgeschlossen wurde. „Im letzten Jahr am 1. Mai gelang uns mit rund 1100 Aktivisten der Einbruch in der Globalisierungsbastion Frankfurt am Main. Trotz Polizeiwillkür und polizeilicher Kumpanei mit dem roten Mob sind wir marschiert! Das wollen wir dieses Jahr wiederholen – mit noch mehr Kräften – noch ausgiebiger – noch spürbarer für unsere Feinde!“ heißt es martialisch auf braunen Homepages.

Doch auf Diskussionsforen im Internet ist eher interner Streit als Aufbruchstimmung im Vorfeld des 1. Mai angesagt. Auslöser der internen Querelen ist der von den Freien Nationalisten am 6. April dieses Jahres in Leipzig organisierte Aufmarsch, der unter dem Motto „Gegen Repression und für Meinungsfreiheit“ vom Hauptbahnhof zum Völkerschlachtdenkmal führen sollte. Doch daraus wurde nichts. Die rund 1000 Rechten wurden am Hauptbahnhof so akribisch von der Polizei kontrolliert, dass die Demonstration schließlich von den Veranstaltern abgesagt werden musste. „Viele waren entsetzt über die Repressalien. Gerade die weiblichen Demonstrationsteilnehmer wirkten oft angeschlagen“, brachte ein Augenzeuge auf der Internetseite des Freien Infotelefon Norddeutschland die Stimmung unter den Kameraden auf den Punkt. Die teilweise bis zu sieben Stunden im Polizeikessel wartenden Neonazis machten für die Pleite Christian Worch verantwortlich, dem mangelnde Durchsetzungskraft vorgeworfen wird.

In der Mainmetropole könnte den Freien Kameradschaften am 1. Mai ein weiteres Debakel drohen. Ein breit angelegtes „Anti-Nazibündnis“ hat Widerstand gegen die Neonazis angekündigt. Ein Sprecher erinnerte daran, dass die NPD Ende der 70er Jahre zum 17. Juni nach Frankfurt aufrief und die Mainmetropole zur „braunen Hauptstadt Deutschland“ erklären wollte. Durch antifaschistische Gegenaktionen gelang es innerhalb weniger Jahre die NPD aus Frankfurt heraus zu drängen, so dass sie dann gezwungen war, Ausweichorte in kleineren Orten der nord- und ostthessischen Provinz zu suchen.

Peter Nowak

Ausland

„Staatsmann“ Le Pen

Die rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten haben deutlich dazugewonnen. Wahlentscheidendes Motiv war vielfach das Thema „Innere Sicherheit“.

„Mit 74 Jahren werde ich keine Karriere als Demokrat mehr beginnen“: Diese Aussage ließ die linksalternative Wochenzeitung „Charlie Hebdo“ jüngst den rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten Jean-Marie Le Pen in einer Karikatur machen. Die Antwort auf Le Pen war treffend.

Der Präsident des Front National (FN) hatte eine historische Aussage Charles de Gaulles paraphrasiert. Jener war im Frühsommer 1958 durch einen Militärputsch im – damals noch französischen, aber bereits heftig umkämpften – Alger an die Macht gekommen und schickte sich an, das Regime der schwachen Vierten Republik durch eine neue Präsidialrepublik abzulösen. Auf einer Pressekonzferenz erklärte er: „Mit 67 Jahren werde ich keine Diktatorenkarriere beginnen.“ Damit wollte er die Ängste vor dem Aufkommen eines autoritären Regimes beruhigen. Le Pen hatte es nun im französischen Fernsehen de Gaulle gleichzutun versucht: „In meinem Alter werde ich...“ Denn seit Jahresbeginn ist es die neue Masche des FN-Kandidaten, sich als durch Altersweisheit halbwegs geläuterten, „gemäßigten Mitte-Rechts-Politiker“ zu präsentieren. Ohne allerdings seinem Programm abzuschwören.

Seine extrem rechte Politikerlaufbahn spricht in dieser Hinsicht gegen Le Pen. Anfang 1956 war Le Pen für die rechtspopulistische Anti-Steuer-Protestbewegung der „Poujadisten“ als jüngster Abgeordneter in die französische Nationalversammlung eingezogen. Im selben Jahr nahm er, nachdem er sich als Parlamentarier beurlauben ließ, als Freiwilliger am Algerienkrieg teil. Dort hat er, wie mittlerweile durch Gerichtsurteile nachgewiesen wurde, an Folterungen teilgenommen. Seit knapp 30 Jahren steht Le Pen dem rechtsextremen Front National vor, den er im Oktober 1972 gegründet hat.

Und jetzt hat Le Pen den Höhepunkt seiner Laufbahn erreicht: Nachdem er sich im ersten Durchgang der französischen Präsidentschaftswahl am 21. April als einer der beiden bestplatzierten Kandi-

daten qualifizieren konnte, wird er am 5. Mai in die Stichwahl gehen. Als Herausforderer tritt er dem amtierenden konservativen Staatspräsidenten Jacques Chirac gegenüber.

Die Linksparteien und fast alle Gewerkschaftsbünde (mit Ausnahme des reformerisch-„unpolitischen“ Dachverbands FO, und der Gewerkschaft der höheren Angestellten CGC) haben bereits zur Wahl Chiracs in der Stichwahl aufgerufen. Täglich finden unterdessen in französischen Städten Protestdemonstrationen gegen Le Pen statt. Am 1. Mai tragen Gewerkschaften und Linke ihr „Nein zu Le Pen“ massenhaft auf die Straße.

Dass Le Pen als zweitstärkster Präsidentschaftsbewerber aus dem ersten Wahlgang hervorging, hängt nicht allein mit seinem eigenen Abschneiden zusammen. Da vor allem die Linkswähler und die sozial schlechter gestellten Schichten gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung protestieren wollten, gewannen die „Partei der Nichtwähler“ (28 Prozent, plus sieben), aber auch die Linksoption in Gestalt der beiden marxistischen Parteien LO und LCR (zusammen 11 Prozent) massiv hinzu. Die bürgerliche Rechte (ohne EU-Gegner) hat über zwei Millionen Wähler verloren – an die ländliche Partei der Jäger, an den EU-Skeptiker Jean-Pierre Chevènement oder an die Nichtwähler.

■ Überdurchschnittliche Ergebnisse bei Arbeitern und Erwerbslosen ■

Die extreme Rechte, zählt man die Ergebnisse von Le Pen (17 Prozent und 4,8 Millionen Stimmen) sowie seines früheren Chefideologen Bruno Mégret (2,4 Prozent und rund 650.000 Stimmen) zusammen, hat insgesamt 900 000 Stimmen gegenüber 1995 – als Le Pen allein antrat – hinzugewonnen.

Teilweise erklärt sich das Phänomen auch daraus, dass bei den vorigen Wahlgängen noch eine nationalkonservative Rechte eine Art Puffer zwischen dem konservativ-liberalen Lager und den Rechtsextremen gebildet hatte. Bei der Präsidentschaftswahl 1995 erhielt der rechtskatholische und EU-feindliche Graf Philippe de Villiers 4,7 Prozent (rund 1,4 Millionen Wähler). Und bei den Europawahlen 1999 erzielte der Nationalpopulist Charles Pasqua 13 Prozent. Beide rechtskonservativen EU-Gegner waren nicht zur Präsidentschaftswahl angetreten. Ihre Stimmen teilten sich jetzt mutmaßlich auf Chirac, Chevènement und Le Pen auf.

In fast identischem Maße wie 1995 hat Jean-Marie Le Pen bei den sozial schlechter gestellten Schichten am stärksten abgeschnitten. 24 Prozent der Arbeiter (nach einer engen soziologischen Definition als „blaue Kragen“) und 30 Prozent der Erwerbslosen stimmten Wahlanalysen zufolge für den rechtsextremen Kandidaten. Bei den traditionellen Mittelschichten – Handwerker, Kleinunternehmer – ist die Le Pen-Wählerschaft mit rund 19 Prozent leicht überdurchschnittlich. Unter den intellektuellen Berufen hingegen beträgt ihr Anteil kaum die Hälfte davon.

Ein Erdrutsch zugunsten der extremen Rechten hat daher am 21. April nicht wirklich stattgefunden. Sie behält im Wesentlichen ihr bereits erreichtes Niveau bei. Allerdings ist bereits das hinreichend beängstigend. Denn man hätte erwarten können, dass die Spaltung der rechtsextremen Partei vor gut drei Jahren – aus welcher der MNR unter Bruno Mégret als Spaltprodukt hervorging –, aber auch der Rückgang der Erwerbslosigkeit von 13 (1996) auf derzeit 8 bis 9 Prozent sie zurückgehen lassen würde.

Für 58 Prozent der französischen Wählerinnen und Wähler insgesamt, aber 74 Prozent der FN-Wähler bildete das Thema „Innere Sicherheit“ das Hauptproblem des diesjährigen Wahlkampfes. 60 Prozent nennen daneben „die Immigration“ als Motiv ihrer Wahlentscheidung – gegenüber 18 Prozent der Gesamtwählerschaft. Alle anderen Probleme, wie die Arbeitslosigkeit – sie wird von 38 Prozent aller Wähler, aber 31 Prozent der FN-Wähler als wichtige Frage genannt – oder „soziale Ausgrenzung und Armut“ (wahlentscheidend für 31 Prozent aller, 19 Prozent der FN-Wähler) waren für die Anhänger des FN-Präsidenten weniger wichtig.

Das mag überraschen, da die soziale Zusammensetzung der FN-Wählerschaft darauf hindeutet, dass diese in ihrer Mehrheit eher sozial schlecht gestellt ist. Das Phänomen kann jedoch so interpretiert werden, dass die Wähler, die sich für Le Pen entscheiden, nicht (oder nicht mehr) an politische, rationale, solidarische Lösungen der sozialen Probleme glauben. Die diffuse Gewalt in den Banlieues (Trabantenstädte), in denen sich die sozialen Probleme wie in einem Brennglas konzentrieren – auf welches wiederum die Medien ihren Blickwinkel fokussieren –, erwächst aus der dortigen Misere. Zugleich vervielfacht sie das subjektive Erleben dieser prekären Lebenssituation. Damit hängt der Erfolg vor allem des Law and Order-Diskurses der extremen Rechten zusammen. *Bernhard Schmid*

Ausland

Tabus aufgebrochen

Der niederländische Rechtspopulist Pim Fortuyn agitiert gegen Einwanderer und den Islam. Bei den Wahlen Mitte Mai werden ihm gute Chancen eingeräumt.

Jahrzehntelang galt Deutschlands kleiner Nachbar als Vorbild in Sachen Toleranz. Die Niederlande, im europäischen Vergleich ein klassisches Einwanderungsland, machten Schlagzeilen mit ihrer umstrittenen Drogenpolitik oder ihren liberalen Gesetzen zur aktiven Sterbehilfe. Rechtsextreme Positionen oder Parteien hingegen waren immer in der absoluten Minderheit; und selbst Debatten über Rassismus, Faschismus oder auch nur kritische Stimmen zur multikulturellen Gesellschaft hörte man selten. Für Verteilungskämpfe auf dem Rücken der Schwächeren, so schien es, gab es aber auch kaum Anlass: Die Arbeitslosigkeit liegt seit Jahren bei unter fünf Prozent und wer keine Arbeit hat, wird immer noch zuverlässiger und großzügiger als in Großbritannien, Frankreich oder Deutschland vom Sozialstaat versorgt.

Mit den Parlamentswahlen am 15. Mai allerdings könnte die Ära des paternalistischen Versorgungsstaats, der immer stolz darauf war, für – fast – alle da zu sein, zu Ende gehen. Es müsste schon noch etwas sehr Erstaunliches passieren, damit der große Wahlsieger nicht Pim Fortuyn heißt – erst recht, nachdem die sozialliberale Regierung Mitte April komplett zurücktrat und nur noch kommissarisch regiert. Der 54-jährige Fortuyn, der erst vor einhalb Jahren in die Parteipolitik eintrat, hat schon viele Rollen gespielt: Er war Dozent für Soziologie, Kolumnist des rechtsliberalen Nachrichtenmagazins „Elsevier“ und Verfasser diverser erfolgreicher Bücher. Darüber hinaus steht er zu seiner Homosexualität und lebt materiell ein Leben, wie es sich in dem calvinistisch geprägten Land eigentlich nicht gehört.

Nun tritt Fortuyn als Spitzenkandidat der „Liste Pim Fortuyn“ an, der nach allen Umfragen über zehn Prozent der Stimmen und damit 16 bis 20 der 150 Sitze zugetraut werden. Handstreichartig vorgelegt hat er bei den Rotterdamer Kommunalwahlen im März, als er 35 Prozent der Stimmen einstrich und die seit 45 Jahren regierenden Sozialdemokraten der PvdA mit 22 Prozent auf die Plät-

ze verwies. Und das, obwohl seine ursprüngliche Partei Leefbaar Nederland (Lebenswerte Niederlande), eine Mischung aus Statt- und Schill-Partei ihn wenige Wochen zuvor abgesägt und er quasi aus dem Stand eine neue Liste gegründet hatte.

Wofür Fortuyn inhaltlich steht, ist wie bei den meisten Populisten kaum auf einen Nenner zu bringen. Wer ihn über die vergangenen eineinhalb Jahre beobachtet hat oder sein jüngstes Buch, eine Art Wahlprogramm unter dem Titel „Acht Jahre lila Koalition: Ein Trümmerhaufen“ liest, findet ein Sammelsurium von Vorhaben: der Kampf gegen den Verkehrskollaps, aber auch gegen die Ineffizienz des ÖPNV; Maßnahmen gegen die Privatisierung und den Börsengang von Transport- und Energieunternehmen. Fortuyn ist für mehr direkte Demokratie und für mehr Transparenz in der Verwaltung, für eine radikale Reduzierung des Beamtenapparats, aber auch für eine stärkere Überprüfung von Ansprüchen an die Sozialkassen. Außerdem fordert er eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und einer sozialen Dienstpflicht für Jugendliche sowie die härtere Verfolgung von Drogenabhängigen statt Verkehrssündern. Für jeden, der sich im Alltag über irgendetwas ärgert, ist etwas dabei.

■ UN-Flüchtlingskonvention außer Kraft setzen ■

Eindeutig hingegen sind Fortuyns Aussagen in Sachen Einwanderung, Multikultur und Islam. Bei Übernahme der Spitzenkandidatur für Leefbaar Nederland hatte er noch zugesichert, sich mit rechts-extremen und rassistischen Forderungen zurückzuhalten – im Februar dieses Jahres war damit allerdings Schluss. Wer wissen wollte, wofür Fortuyn steht, konnte es in der linksliberalen Tageszeitung „Volkskrant“ nachlesen: Wenn er es „juristisch rund bekomme“, sagte Fortuyn da, würde sich künftig kein Muslim mehr im Land niederlassen. Der Islam sei eine „rückständige Kultur“, das müsse auch gesagt werden dürfen. Ohnehin seien 16 Millionen Niederländer genug: „Das Land ist voll.“ Wer schon da sei, müsse sich assimilieren – oder wieder gehen. Für die Zeit seiner – potenziellen – Regierungsverantwortung kündigte er an, sowohl das Schengener Abkommen als auch die UN-Flüchtlingskonvention außer Kraft zu setzen. Auch das Diskriminierungsverbot in Artikel I der Verfassung solle gekippt werden. Als Folge des Interviews setzte Leefbaar Nederland Fortuyn als Spitzenkandidaten ab – doch sein Erfolg ist ungebro-

chen. Wer ihn wählt, ist zumindest erwiesen: Der klassische Fortuyn-Wähler ist Erstwähler oder war zuvor Nichtwähler. Unter den ehemaligen Wählern anderer Parteien haben die meisten zuvor die rechtsliberale VVD gewählt, bis dato die einzige erfolgreiche Partei, die mit Slogans wie „Wer unsere Sprache lernt bekommt auch unsere Unterstützung“ oder der Forderung nach einer restriktiven Asylpolitik auf Stimmenfang ging. Die Basis der sozialdemokratischen Regierungspartei PvdA zu erobern, ist Fortuyn bisher nicht gelungen.

Fortuyn aber mobilisiert nicht nur Unzufriedene und Protestwähler – er hat auch eine ganze Reihe Debatten salonfähig gemacht, die nicht zuletzt wegen der Geschichte eines einst von den Nationalsozialisten besetzten Landes jahrzehntelang tabu waren. Zum Aufbrechen dieser Tabus hat nicht nur über Jahre das Erstarken der VVD, sondern auch der 11. September beigetragen: Das 15-Millionen-Einwohner-Land, in dem fast jeder fünfte ausländischer Herkunft ist, erlebte im vergangenen Herbst eine beispiellose antiislamische Welle. Wenige Wochen nach dem 11. September veröffentlichte der „Volkskrant“ eine Umfrage, laut der sich 60 Prozent der Niederländer dafür ausgesprochen hatten, Muslime, die die Anschläge in den USA unterstützten, des Landes zu verweisen. Das wiederum ist faktisch nicht möglich: Die allermeisten, und das weiß jeder, sind längst eingebürgert. Noch mehr Aufsehen erregten antiislamische Übergriffe: Binnen weniger Wochen brannten drei Moscheen und eine islamische Schule; zahllose Drohbriefe gingen bei islamischen Gemeinden ein.

Pim Fortuyn hat noch aus einem anderen Grund gute Chancen, weite Teile des rechten Potenzials im Land auf sich zu vereinen: Rechtsextreme Parteien sind seit Jahren praktisch ohne Einfluss. Zwar existiert noch die Niederländische Volkunion unter Constant Kusters, ehemaliger Arnheimer Parteisekretär der 1999 verbotenen CP86. Bei den Kommunalwahlen im März ging diese aber praktisch unter. Nur noch nominell existent sind auch die Centrumdemokraten unter Hans Janmaat, die Anfang der 90er Jahre kurzfristig drohten, in der niederländischen Politik eine ernst zu nehmende Rolle zu spielen. Die CP86, die in ihrem Wahlprogramm außer für die Wiederherstellung der österreichischen und deutschen Grenzen von 1938 auch für die groß-niederländische Lösung in Form der Vereinigung der Niederlande, Flandern und Süd-Afrika warb, wurde wegen offen rassistischer Äußerungen verboten.

Jeannette Goddar

Verfassungsschutz**Ruhe im Norden****Rechtsextremes Potenzial stagniert**

Der „Extremismusbericht“ von Mecklenburg-Vorpommern verbucht für das Jahr 2001 weniger rechtsextreme Gewalttaten und rückläufige Mitgliederzahlen rechter Parteien. Während die Zahl der Skinheads und anderer gewaltbereiter Rechtsextremisten bei 900, der Neonazis bei 350 stagniert, beklagten die Parteien NPD (von 250 auf 220), DVU (von 150 auf unter 100) und Republikaner weiter unter 100) nachlassendes Interesse ihrer Klientel.

Mit ungewöhnlichen Aktivitäten machte der NPD-Kreisverband Greifswald auf sich aufmerksam. Neue Anhänger sollten mit Hilfsangeboten und sozialen Diensten rekrutiert werden. Vor allem Jugendliche und Kinder sprach die NPD mit populären Aktionen an. So wurden an Schulen „Initiativen für freie Meinungsbildung und -äußerung“ etabliert, die gegen die Diskriminierung „politisch unkorrekter Meinungen“ mobil machen. Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Gottfried Timm warnte die Bevölkerung eindringlich vor den „pseudo-sozialen Aktivitäten“ der Partei: „Sehen Sie genau hin und fragen Sie, wer im Hintergrund die Strippen zieht.“ Die ideologische Beilage zur kostenlosen Bratwurst sei ungenießbar, so Timm.

Den deutlichen Rückgang rechtsextrem motivierter Straftaten wertete der Innenminister als Folge der ins Leben gerufenen Projekte und Initiativen für Demokratie und Toleranz. Von den 140 Straftaten – darunter 40 Gewaltdelikte (2000: 50) – mit rechtsextremem Hintergrund konnten 41,6 Prozent aufgeklärt werden. Bei den Gewalttaten waren es sogar 76,9 Prozent.

Neun rechtsextremistische Kameradschaften treiben an der Ostseeküste weiter ihr Unwesen. Besonders aktiv sind die „Kameradschaften Schwerin, Usedom und Anklam“ sowie der „Kameradschaftsbund Mecklenburg“ und die „National-Germanische Bruderschaft“. Eine wichtige Rolle spielt in der Szene weiter die „Skinhead-Musik“ als „identitätsstiftendes und verbindendes Element“, betonten die Verfassungsschützer. Die Zahl der einschlägigen Musikveranstaltungen stieg von 15 auf 24 an. Auf den Konzerten, Liederabenden und Partys wurde reichlich Bier gesoffen, den Soundtrack dazu lieferten Bands wie „Nordmacht“. *Volker Stahl*

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 17. Jg., Nr. 15-18/2002: Das Zuwanderungsgesetz mache aus Deutschland „endgültig eine Einwanderungsgesellschaft“ – und die politische Klasse inszeniere zu dieser „schicksalhafte(n) Frage“ lediglich parteitaktische Ränkespiele“, mokiert sich Michael Wiesberg. Die ins Werk gesetzte Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechts würde die „schutzwürdige alteingesessene Volksgruppe“ zugunsten nichtdeutscher Einwanderer benachteiligen, merkt Michael Paulwitz an. Dass Kanzlerkandidat Edmund Stoiber in puncto „Ausländerwahlkampf“ vor den „selbst ernannten Gesinnungsterroristen à la Geißler, Süsmuth & Co.“ feige eingeknickt sei, bedauert Alexander Barti. Für Richard Stoltz stellt sich die Frage, ob eine Partei, die Heiner Geißler, der als „Schröder-Wahlhelfer“ die Union vor „ausländerfeindlichen Wählerparolen“ gewarnt habe, in ihren Reihen dulde, nicht ins „Irrenhaus“ gehöre (15, 16, 18/02). Hans-Helmuth Knütter sieht in Deutschland keine „wählbare ‘Rechte’“, die Rot-Grün ablösen könnte“. Er hofft auf mehr Bewegung im Parteiensystem, was dazu beitragen könne, „die unerträglich stickige, von Denunziation vergiftete Atmosphäre zu reinigen“ (17/02). Die „skandalöse Vorverurteilung“ der JF durch den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz geißelt Dieter Stein. Als Beleg für diese angeblich unzutreffende Einschätzung wird ausgerechnet das entsprechende Kapitel aus dem NRW-Verfassungsbericht dokumentiert, in dem nun gerade zahlreiche Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremer Bestrebungen der JF angeführt sind. Aber die Beamten im NRW-Innenministerium würden „nur von der Freiheit reden, im Wahrheit eben Gesinnungskerkerrichten“, lamentiert Barti (15, 18/02). Doris Neujahr zieht kräftig vom Leder gegen Bundespräsident Johannes Rau – „in dessen Physiognomie ... die ganze Ratlosigkeit der politischen Klasse versammelt“ sei – sowie gegen Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der im „Windschatten Raus“ Karriere machte, mit seiner „Schamrhetorik“ die „Lächerlichkeit des Klassenprimus“ verkörpere (17/02). Der neurechte Vordenker Alain de Benoist bewertet die erste Runde der französischen Präsidentschaftswahl als „Untergang einer ganzen politischen Klasse“. Le Pens Erfolg sei Ausdruck des wachsenden Protests gegen „ein politisches System, das in seinen letzten Zügen liegt“ (18/02). *(gn)*

Demokratische Initiativen

Breite Vielfalt

Preisträger im bundesweiten Jugend-Wettbewerb „Du gegen rechts“ ausgezeichnet. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse empfängt Hauptgewinner.

Göttliner Straße 55 in Rathenow. Hier wohnte Salomon Markus, bekannt, beliebt als „Arzt für die Armen“. 1942, vor dem Abtransport in ein Vernichtungslager, nahm er sich das Leben. Die Göttliner Straße ist eine Station unter vielen im „Stadtplan gegen das Vergessen“. Mit diesem eindrucksvollen Beitrag haben Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe Bruno H. Bürgel aus Rathenow (Brandenburg) den Hauptpreis des Wettbewerbs „Du gegen rechts“ gewonnen. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse wird sie am 11. Juni in Berlin empfangen. Er ist Schirmherr des Wettbewerbs, den der „blick nach rechts“ bundesweit ausgeschrieben hatte.

Mit Theaterstücken, Ausstellungen, Video- und Internetproduktionen, Aktionswochen und Dokumentationen, die sich im lokalen Umfeld mit NS-Vergangenheit und Rechtsextremismus auseinander setzen, hatten rund 600 Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren an dem Wettbewerb „Du gegen rechts“ teilgenommen. Das Ergebnis war eine breite Vielfalt beispielhafter Aktionen.

Am 24. April konnten nun auf einem Pressegespräch in Berlin die Preisträger bekannt gegeben werden. Eingeladen dazu waren auch Teilnehmer der Gruppe aus Rathenow, die gleich ihre Gewinner-Urkunden in Empfang nehmen konnten. Für die elf ausgezeichneten Projekte engagierten sich insgesamt 230 Jugendliche. Die Stärke der Projektgruppen lag zwischen sechs bis 47 Teilnehmern.

Der erste Preis in der Altersstufe von 12 bis 15 Jahren geht an die Schule für Lernhilfe nach Rinteln in Niedersachsen. Mit ihrem Theaterstück „Drachen gegen rechts“ werden die zehn Jungen und Mädchen am 16. Mai vor Berliner Schülerinnen und Schülern am türkischen Kinder- und Jugendtheater „TIYATROM“ auftreten. Der zweite Preis in der Altersstufe der 18- bis 25-Jährigen wurde zweimal vergeben. Die Gymnasiasten und Gymnasiastinnen kommen aus Idstein (Hessen) und Ottobrunn (Oberbayern). Die Idsteiner wurden für ih-

re mit Aussagen von Zeitzeugen belegte, sehr differenzierte Dokumentation über Niedernhausen und Idstein in den Jahren 1933 – 1945 ausgezeichnet. Die Ottobrunner erstellten eine „Ortschronik“, mit der sie die nach 1945 bis heute verdrängte Rolle Ottobrunns als Außenlager des Konzentrationslagers Dachau dem Vergessen entreißen konnten.

Der erste Preis in der Altersstufe der 15- bis 18-Jährigen wurde ebenfalls zweimal vergeben: an die Projektgruppe der Gesamtschule Fulda (Niedersachsen) für das bereits mit Erfolg aufgeführte, selbst geschriebene Theaterstück „White Noise“ und an Schülerinnen und Schüler vom Dominicus-von-Linprun-Gymnasium in Viechtach (Bayern) für ihre „Aktionswoche gegen rechts“.

Die Schülerinnen und Schüler aus Fulda hatten gleich Grund zu doppelter Freude, denn, so teilte Geert Platner, Projektleiter und Schullektor dem „blick nach rechts“ mit: „..... unser erster Gratulant war der Schriftsteller Günter Grass. Die Teilnahme am Wettbewerb und natürlich die Auszeichnung haben uns enorm motiviert, denn in der zunehmend rechtsextremen 'Normalität' unseres Alltags fühlen sich Jugendliche und Erwachsene, die dagegen etwas unternehmen wollen, häufig allein gelassen.“ Projektleiterin Patrizia Germann aus Viechtach freut sich, dass jeder Gewinner eine persönliche Urkunde erhalten wird. Unterschrieben von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse.

Die Intention des Wettbewerbs hob Helmut Lölhöf, Herausgeber des „blick nach rechts“ vor der Presse in Berlin hervor: „Mit bescheidenen Mitteln ist es uns gelungen, bundesweit Jugendliche zu motivieren und zu aktivieren, die sich mit dem akuten Rechtsextremismus auseinander setzen. Sie alle haben Beispiele gegeben, dass es sich lohnt, Gesicht zu zeigen und den Rechtsextremisten mit eigenen Taten entgegen zu treten.“ G.K.

Alle Preisträger werden mit ihren Projekten im Internet unter www.bnr.de vorgestellt.

Hinweis

Berlin – Mit dem Marion-Samuel-Preis 2002 der Stiftung Erinnerung wird Volker Issemer ausgezeichnet. Die Verdienste Issemers liegen im besonderen Maße in der Erforschung des Schicksals von Zwangsarbeitern während der NS-Herrschaft. Die Preisverleihung unter der Schirmherrschaft der Vereinigung Gegen Vergessen – für Demokratie findet am 14. Mai um 18.00 Uhr im Centrum Judaicum in Berlin statt.

NS-Vergangenheit**Ungesühnte Gräuelt**

Weil in vielen Staaten die Justiz versagt hat, wirkt die NS-Zeit bis heute nach.

Man sah dem Bundespräsidenten an, wie schwer es ihm fiel, für etwas Verantwortung zu übernehmen, was nicht in seine Verantwortung fiel. Johannes Rau hat es für sein Land getan, sich den Hinterbliebenen gestellt, um Verzeihung gebeten. Mehr als 60 Jahre nach dem Massaker in Marzobotto war das der Höhepunkt seines Staatsbesuchs in Italien. Was der Staatsmann Rau nicht gesagt hat, war zuvor in einigen italienischen Medien zaghaft angedeutet worden: Der Bundespräsident müsse den schweren Gang nach Marzobotto gehen, weil die Justiz seiner Gastgeber vor Jahrzehnten versagt hat. Dabei konnten in kaum einem anderen westeuropäischen Land, das von den Nazis besetzt war, Dokumente und Zeugen des Terrors so sorgfältig gesammelt werden wie in Italien. Der Grund: Die Widerstandsgruppen waren gut organisiert und wussten schon 1943 bei der Besetzung durch die Deutschen, dass die Nazis den Krieg verloren hatten. Der Tag der Abrechnung war also nahe. Dennoch geschah nach der Befreiung so gut wie nichts. Der „Kalte Krieg“ beherrschte die Politik. Die Westmächte wollten von der Bundesrepublik einen „Wehrbeitrag“. Da passte es schlecht in die politische Landschaft, systematisch mutmaßliche deutsche NS-Verbrecher vor Gericht zu stellen. Unter dem Druck der Regierung in Rom verschwanden Aktenbestände im Reißwolf oder in Archiven. Die Öffentlichkeit erfuhr so gut wie nichts von den Massenmorden vor allem in Norditalien. Wäre dem nicht so gewesen, Johannes Rau hätte nicht den Bußgang nach Marzobotto antreten müssen, weil die Verbrechen juristisch gesühnt gewesen wären.

Ähnlich war die Lage in Griechenland. Dort übernahmen nach dem Zweiten Weltkrieg Militärdiktatoren die Macht, die kein Interesse an der Aufarbeitung der NS-Verbrechen hatten, weil sie selbst Verbrechen begingen. Nach dem Sturz des letzten Obristen stand der Aufbau eines demokratischen Staates auf der Agenda. Kaum jemand dachte an Distomon bei Delphi, wo SS-Killer am 10. Juni 1944 mehr als 200 Zivilisten hinschlachteten, an Lidoriki, an Kalavrita mit 1300 Opfern oder an die 48 000 griechischen Juden, die im Holocaust verschwanden. Zu Beginn seiner Amtszeit ist Johan-

nes Rau pars pro toto an einem dieser Orte gewesen und hat Abbitte geleistet – wie jetzt in Marzobotto. Auch in Griechenland ist die Justiz Jahrzehnte lang den NS-Verbrechen ausgewichen. Deshalb müssen dort bis heute Gerichte über Entschädigungsansprüche entscheiden – selten zugunsten der Opfer. Es ist zuviel Zeit vergangen.

Aber nicht nur in Europa ist die Verfolgung mutmaßlicher NS-Verbrecher weitestgehend im Sand verlaufen. Kanada und die USA waren nach der Befreiung Europas beliebte Ziele osteuropäischer NS-Kollaborateure. Kanadische Gerichte haben bisher nicht einen einzigen Angeklagten verurteilt und ausgewiesen. Im Gegenteil: Die Regierung muss bei Freisprüchen die Anwalts- und Gerichtskosten übernehmen. Das waren im Steuerjahr 1999/2000 immerhin 1,8 Millionen kanadische Dollar. Ähnlich erfolglos ist die US-Justiz. Am bekanntesten ist der Fall des John Ivan Demjanjuk. 1981 war er ausgebürgert und an Israel überstellt worden, weil er an Massenmorden im Vernichtungslager Treblinka beteiligt gewesen sein sollte. Der Prozess endete 1993 im Berufungsverfahren mit einem Freispruch, weil Demjanjuk nur wegen Treblinka ausgeliefert worden war. Vermutlich hat er in einem anderen Vernichtungslager gehaust. Deshalb durfte er aber in Israel nicht angeklagt werden.

Wer an einen der baltischen Staaten ausgeliefert wird, hat fast nichts zu befürchten. Ein litauisches Gericht hat im Februar dieses Jahres den führenden NS-Kollaborateur und Massenmörder Kazys Gimzaukas zu lebenslanger Haft verurteilt, ihn aber nicht in Haft genommen. Er sei zu krank. Gimzaukas' Chef Aleksandras Lileikis ist kurz zuvor friedlich im Bett gestorben. In Litauen gelten SS-Kollaborateure noch als Freiheitskämpfer gegen die UdSSR. Ähnliche Fälle gibt es zu Hunderten.

Johannes Raus Abbitte ist in Italien als generelle Entschuldigung aufgenommen worden. Ähnlich war es in Griechenland. Richard von Weizsäcker hat mit seiner Rede im Bundestag am 8. Mai 1985 zum 40. Jahrestag der Befreiung die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg öffentlich bekannt. Das hatte weltweite Wirkung. Kanzler Helmut Kohl wollte zusammen mit US-Präsident Ronald Reagan auf dem Friedhof in Bitburg vor SS-Gräbern vieles verharmlosen. Das ist ihm gründlich misslungen. Er musste am selben Tag in der Gedenkstätte Bergen-Belsen Abbitte leisten. Nicht zuletzt, weil in vielen Staaten die Justiz versagt hat, wirkt die NS-Zeit so lange nach. *Heiner Lichtenstein*

Bücherschau**Technokratensprache**

Es gibt „Jubiläen“, an die sich kaum jemand erinnern würde, wenn nicht fleißige Chronisten sie aus der Versenkung der Geschichte hervorholen würden. Aber es gibt auch historische Ereignisse, die man sich völlig unabhängig von Jahrestagen immer wieder ins Gedächtnis rufen sollte. Die Wannsee-Konferenz, deren Teilnehmer im Januar 1942 die „Endlösung der Judenfrage“ besprachen, gehört sicher zur zweiten Kategorie.

Und so erscheint es auf den ersten Blick sinnvoll und lobenswert, dass der britische Historiker Mark Roseman sich des Themas angenommen hat, um bisher nicht oder nur unzulänglich erforschte Details im Zusammenhang mit dem Massenmord an 6 Millionen europäischen Juden zusammenzutragen und zu bewerten. Leider geht dabei allzu vieles gründlich daneben.

Sicher ist Roseman Fleiß zu attestieren; der professionelle Fleiß eines Historikers, der Quellen liest, vergleicht, Unstimmigkeiten aufdeckt und sie in einen größeren Kontext stellt. Doch es stellt sich die Frage: Cui bono? (Wem nutzt es?), wenn Roseman sich seitenlang darüber verbreitet, ob es im Juli oder im August 1941 war, als Himmler erwog, jüdische Männer und Frauen nicht länger zu erschießen, sondern gegebenenfalls „Gas als Alternative“ einzusetzen. Wem nützt es darüber hinaus, wenn er – oder zumindest der Übersetzer – sich permanent in Wortwahl und Stil vergreift, der zwischen trocken-bürokratisch und schwülstig-übertrieben changiert? Beispiel: „Gleichzeitig verbreitete sich das Wissen über die Massenmorde in der NS-Elite in Deutschland und anderswo im besetzten Europa und begann auch deren Wahrnehmung dessen, was möglich war, zu verändern. Dabei wurden psychologische Schwellen überschritten und Räume betreten, aus denen es kein Zurück mehr gab.“

Neben solchem Sprachbombast stolpert der Leser dann wiederum ein ums andere Mal über technokratische Begriffe wie „Tötungsmaßnahmen“, „Mordaktionen“ oder gar „genozidale Maßnahmen“. Sicher wäre es grundfalsch, Roseman zu unterstellen, er wolle durch eine solche seltsame Wortwahl die Untaten der Nazis verharmlosen. Lesbarer wird der Band jedoch auf diese Weise

nicht. Erschwerend kommt hinzu, dass er auch inhaltlich ausgesprochen weitschweifig und unkritisch an den Gegenstand seines Interesses herangeht. Unter der Überschrift „Definition der Grenzfälle“ etwa gibt Roseman die langjährige Auseinandersetzung der Nationalsozialisten zu der Frage wieder, wer zu den „Volljuden“, den „Halb“- oder „Vierteljuden“ zählte. Auch hier scheint dem Autoren die Distanz zu diesem völlig abstrusen NS-Streit abhanden gekommen zu sein. „Ihren Status als Mischlinge konnten sie also nur behalten, wenn sie allein blieben oder einen anderen Halbjuden heirateten“, schreibt Mark Roseman, nicht als Zitat etwa. An keiner Stelle findet sich hier eine kurze Erläuterung zur „Rassentheorie“, besser: zum Massenwahn der Nazis, auf dem allein diese Form der Kategorisierung von Menschen jüdischen Glaubens beruhte.

Achtzig Seiten füllt Mark Roseman ohnehin ausschließlich mit der Vorgeschichte zur Wannsee-Konferenz, bevor er sich seinem eigentlichen Sujet zuwendet. Von der Einladungsliste, über die kurzfristige Verschiebung der Konferenz vom 9. Dezember 1941 auf den 20. Januar 1942 bis hin zur Stimmung der Teilnehmer nach Genuss einiger Gläser Cognac lässt der britische Historiker kaum ein Detail der Konferenz aus. Nur eines unterbleibt leider: Die stringente Erläuterung, welchem tieferen Aufarbeitungszweck seine Abhandlung eigentlich dient.

Sicher, Forschungsinteresse rechtfertigt sich oftmals aus sich selbst heraus, und über den Sinn oder Unsinn mancher Doktorarbeit wäre trefflich zu streiten. Doch bei dem Band „Die Wannsee-Konferenz – Wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte“ handelt es sich nicht um eine Dissertation und bei Mark Roseman nicht um einen Doktoranden. Vielmehr ist er Professor für Zeitgeschichte an der University of Southampton mit dem Schwerpunkt jüngere deutsche Geschichte. Und immerhin ist der Band in Großbritannien wie in der Bundesrepublik Deutschland jeweils von einem großen Verlag herausgebracht worden. Doch wird hier im Klappentext weitaus mehr versprochen als der Buchinhalt einlöst. Insgesamt ein eher ärgerliches Buch, das weder Wissenschaftlern noch Laien von wirklichem Nutzen sein wird.

Gudrun Giese

Mark Roseman, Die Wannsee-Konferenz, Wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte, Propyläen Verlag, München, Berlin 2002, 221 Seiten, 19 Euro.

Meldungen

Inland

■ **Boizenburg** – Sven Uterhardt (35), einer der Angeklagten im Prozess um den Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim bei Boizenburg im Juli 1992, war angeblich V-Mann des Landesamtes für Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern. Uterhardt gehörte bis zum letzten Jahr dem NPD-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern an. Im Februar 1999 gründete er mit Torsten Poppe (32), dem zweiten Angeklagten bei dem Prozess, den NPD-Ortsverband in Boizenburg. Im Juli 1992 hatten rund 30 Neonazis das Asylbewerberheim mit Molotow-Cocktails, Steinen und Knüppeln angegriffen. 24 Angeklagte, darunter der damalige NPD-Landesvize von Schleswig-Holstein, Heinrich Förster, wurden zwischen 1993 und 1995 zu Freiheits- und Jugendstrafen verurteilt. Weil der Prozess gegen die zwei Angeklagten, unter anderem wegen versuchten Mordes, erst zehn Jahre nach dem Angriff beginnt, wird gegen die Schweriner Staatsanwaltschaft wegen Prozessverschleppung ermittelt.

■ **Bremen** – Der NPD-Landesvorsitzende von Bremen Jörg Wrieden wurde zu einem Jahr Freiheitsstrafe wegen Volksverhetzung und der Verwendung von NS-Symbolen verurteilt (BNR 1/01). Das Bremer Amtsgericht setzte die Strafe auf drei Jahre zur Bewährung aus. Wrieden hatte am 23. Juli 2000 eine Pressemitteilung von „Blood&Honour“ verbreitet. Darin wird mit gewalttätigen Reaktionen auf die angebliche Willkür der Sicherheitsbehörden bei der Auflösung rechtsextremer Konzerte gedroht. Bei einer Hausdurchsuchung im Dezember 2000 beschlagnahmte die Polizei bei Wrieden neben rechtsextremer Propaganda auch Waffen und Elektroschocker. Verteidigt wurde Jörg Wrieden von Hans-Günter Eisenecker, dem NPD-Landesvorsitzenden von Mecklenburg-Vorpommern.

■ **Coburg/Berlin** – Die in Berlin erscheinende Wochenzeitung „Junge Freiheit“ hat sich das Ziel gesetzt, bis zum Jahresende gut 2000 neue Abonnenten gewonnen zu haben. Ihren Leserkreis will die JF dabei augenscheinlich auch über die rechtsextreme Monatszeitschrift „Nation&Europa“ aus Coburg erweitern. In der Mai-Ausgabe von „Nation&Europa“ macht die „Junge Freiheit“ in einer ganzseitigen Anzeige für sich Werbung. Das Motto: „Entdecken Sie Meinungsfreiheit als geistiges Abenteuer“.

■ **Duisburg** – Im Ruhrgebiet kursieren Flugblätter der neonazistischen Gemeinschaft Nationales Deutschland (GND). Diese sollen „dazu anregen sich über die Zeit des Dritten Reiches aus direkten Quellen zu informieren, viel kritischer unser regierendes System zu hinterfragen und den Geist der Verantwortungsfreudigkeit, der Opferwilligkeit und des Gemeinschaftssinnes zu wecken.“ Federführende Köpfe der GND sind Denny Hilprecht aus Duisburg und Stephan Schulze aus Kempen. Presse-rechtlich verantwortlich für die Flugblätter ist der notorische Neonazi Rüdiger Kashner.

■ **Greifswald** – Die Greifswalder NPD nahm am 19. April an einer Demonstration der arabischen Studentenschaft in Greifswald gegen „den israelischen Terror in Nahost“ und die „illegale Besetzung palästinensischer Gebiete durch die Israelis und ihre Vasallen“ teil. Eigenangaben der NPD zufolge war die Teilnahme mit der Versammlungsleitung abgesprochen. Gebrüllt wurden Parolen wie „Israel – Kindermörder“ oder „Raus-Raus-Raus-Raus aus Palästina“. Die Presseerklärung der NPD informiert abschließend: „Natürlich gab es Gespräche, welche Meilensteine für weiter friedliche Aktionen legen werden.“

■ **Hamburg** – Das Aktionsbüro Norddeutschland wünscht sich „weitere Proteste gegen Israels Besatzerpolitik“. So jedenfalls ist eine Meldung auf der Homepage der Hamburger Neonazis überschrieben. Menschen im nationalen Widerstand dürften nicht abseits stehen, wenn es um den Protest gegen Israel gehe. Und ganz unverblümt benutzt das Aktionsbüro eine Bezeichnung für die eigene Klientel, die man bisher tunlichst vermieden hatte: „Auch den Nationalsozialisten ruft dieser Tage die internationale Solidarität.“ Beispielhaft für diese Form des Protests wird in einem Beitrag vom selben Tag eine Demonstration der arabischen Studentenschaft in Greifswald genannt, an der auch die örtliche NPD teilgenommen habe.

■ **Heilbronn** – Seine Dienste als Steuerberater bietet in „Nation&Europa“ (NE) Michael Dangel aus Heilbronn an. Dangel ist Kopf der 1995 gegründeten „Freiheitlichen Initiative“, die zuletzt eine Veranstaltung mit Harald Neubauer, NE-Mitherausgeber, durchführte. Dangel war einst Vorsitzender des vom baden-württembergischen Verfassungsschutz zeitweilig als rechtsextrem eingestuften Hochschulvereins „Forum 90“. In seiner Eigenschaft als Sprecher der extrem rechten Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg war Dangel im Januar

2000 Interviewpartner des NPD-Blattes „Deutsche Stimme“. Der frühere REP-Funktionär Dangel nahm in der Vergangenheit auch an dem Neonazitreffen am Rande der flämischen Ijzerbedevaart in Diksmuide teil.

■ **Karlsruhe** – Hartwin Kalmus, Führungsmitglied der verbotenen Skinhead-Organisation „Blood&Honour Sektion Baden“, bleibt im Geschäft. Der Skinhead soll hinter dem Versand „Ragnaröck“ aus Karlsruhe stecken. Als Kontaktadresse dient ein Postfach in der Beamtenstadt. Auf einer wenig kreativen Internet-Seite präsentiert der Versand sein Angebot. Darunter finden sich auch indizierte CDs, wie „Ortientexpress“ von „Spreegeschwader“. Doch nicht nur dadurch könnte der kleinwüchsige Kalmus, der bei allen Veranstaltungen in Jeansjacke mit Pelzkragen auftaucht, ein Fall für den Staatsanwalt werden: Über die Homepage kann man auch volksverhetzende Texte von Ian Stuart und Screwdriver herunterladen.

■ **Kusterdingen** – Bei der Bürgermeisterwahl in Kusterdingen (Kreis Tübingen) entfielen auf den 55-jährigen Rechtsextremisten Axel Heinzmann zwölf Stimmen (0,32 Prozent). Heinzmann machte erstmalig mit seinem rechtsradikalen Hochschulring Tübinger Studenten (HTS) im Jahr 1976 von sich Reden. Bei einer Veranstaltung des HTS kam es zu einer Schlägerei der neonazistischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ mit Gegendemonstranten, in deren Folge Heinzmann als Rädelsführer verurteilt wurde. Es folgten weitere Verurteilungen unter anderem wegen Beleidigung, Volksverhetzung, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, schwerer Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung.

■ **Magdeburg** – Beendet ist neben der der DVU-Fraktion auch die Ära der FDVP-Fraktion im Magdeburger Landtag. Mit einem Ergebnis von 0,8 Prozent (9729 Wählerstimmen) bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 21. April kommt sie auch nicht in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung. Die 7-köpfige FDVP-Landtagsfraktion war Anfang des Jahres 2000 von DVU-Abtrünnigen ins Leben gerufen worden. In einer Presseerklärung der Fraktion stellte die Fraktions- und Parteivorsitzende Claudia Wiechmann fest, dass die FDVP ihre selbst gestellten Ziele, den Wiedereinzug in den Magdeburger Landtag, nicht erfüllt habe. Die Fraktion zeige sich aber zuversichtlich, so Wiechmann, dass in „vier Jahren die Karten neu gemischt werden und eine basisstarke FDVP Garant dafür sein wird, die

freiheitliche Politik in Sachsen-Anhalt umzusetzen.“

■ **Pommersfelden** – Der bayrische NPD-Funktionär Axel Michaelis aus Pommersfelden greift neuerdings für die Waffen-SS-treue Monatszeitschrift „Der Freiwillige“ zur Feder. In der April-Ausgabe beklagt er die bundesdeutsche militärische Unterstützung für Israel: „Letztlich ist festzustellen, dass, wenn es um Israel geht, alle für die politische Klasse sonst verpflichtenden Prinzipien keine Rolle mehr spielen. Als Rechtfertigung hierfür muss die Vergangenheit erhalten.“ Michaelis (Jg. 1965), der in der DDR aufgewachsen und vor 15 Jahren in die Bundesrepublik gekommen ist, ist einer der Initiatoren des alljährlich stattfindenden „Hans-Münstermann-Trauermarsches“. Münstermann war 1993 bei einer Auseinandersetzung ums Leben gekommen.

■ **Schwarzenborn/Knüll** – In seinem jüngsten Rundbrief bejubelt Manfred Roeder (73) das Urteil des Bundesgerichtshof in Karlsruhe vom März. „Der Beschluss des BGH ist so sensationell, dass ich ihn unbedingt wörtlich wiedergeben muss. Fünf der obersten Richter haben einstimmig das Terrorurteil von Rostock aufgehoben.“ Des Weiteren berichtet Roeder in seinem Rundbrief vom „phantastischen Frühlingsfest“, dem 60 Teilnehmer gefolgt waren. Die „übliche Flaggenparade, die zu jeder Feier dazugehört“, auf dem Hof führte zu einem vorher angedrohten Polizeieinsatz.

■ **Straubenhardt/Schwann** – Eine für den 13. April in Straubenhardt/Schwann nahe Pforzheim geplante Saal-Veranstaltung mit Horst Mahler und dem Schweizer Revisionisten Bernhard Schaub wurde kurzfristig abgesagt. Eingeladen hatten neben dem Freundeskreis „Ein Herz für Deutschland“ um Silvio Corvaglia (38) die NPD, die JN-Abspaltung Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG), das Bündnis Rechts (BR), die Deutsche Liga für Volk und Heimat, der Freundeskreis Franz Schönhuber und der Süddeutsche Bund für Heimat und Leben. Nach Angaben der Polizei verschickten die Organisatoren rund 1000 Einladungen.

■ **Vöhringen (Kreis Neu-Ulm)** – Rund 120 Skinheads, darunter auch Mitglieder der NPD, besuchten ein Konzert von Frank Rennicke (36) in der Sportpark-Gaststätte im bayerischen Vöhringen am 6. April. Der konsternierte Pächter versicherte der Lokalzeitung, dass er „den Raum niemals zur Verfügung gestellt hätte“, wenn er von den Hinter-

gründen der Veranstaltung gewusst hätte. Eine Wiederholung soll ausgeschlossen werden, denn „Ruckzuck ist der Ort zum Geheimtipp in der Szene geworden“, so ein Polizist gegenüber der „Neu-Ulmer Zeitung“. Ursprünglich hatte das Konzert im nahe gelegenen Senden stattfinden sollen.

Ausland

■ **Belgien (Berchem)** – Die belgischen Behörden haben die 1985 gegründete Stiftung Vrij Historisch Onderzoek (VHO) der rechtsextremen Brüder Siegfried und Herbert Verbeke verboten. Dies berichtet der in den USA lebende Justizflüchtling Germar Rudolf in einem elektronischen Rundschreiben. Der notorische Holocaust-Leugner Rudolf warnt auch davor, Post an die VHO-Adresse zu schicken, da diese von der belgischen Polizei an ausländische Behörden weitergegeben werden könnte. Die antisemitische in Berchem ansässige VHO verbreitete über Jahre hinweg revisionistisches Propagandamaterial in der Bundesrepublik.

■ **Großbritannien (Uckfield)** – Der „Judenstaat“ Israel ist das „Schaufenster des Bösen“, da er die „biblischen Massenmordaufträge“ praktiziere und Palästinenser und Araber „umbringe“, propagiert die Homepage des „national journal“ (nj). Als Betreiber des „national journal“ gelten „Die Freunde im Ausland“ (DFiA), die vormalige Unterstützergruppe des Altnazis Otto-Ernst Remer. Den „jüdischen Machtzentren und ihren ergebenen europäischen Politikern“ wirft nj vor, „über Europa die Elendszustände der Multikultur“ gebracht zu haben. Schon bald würden sich auch auf „deutschem Boden in belebten Zentren palästinensische Märtyrer in die Luft sprengen wie in Israel“, wird prophezeit.

■ **Österreich (Wien)** – Rund 120 Neonazis demonstrierten am 13. April dieses Jahres unter dem Motto „Plattform gegen die Schändung des Andenkens Verstorbener“ in Wien gegen die Wehrmachtsausstellung. Mitgeführt wurden Transparente wie „Trotz der Lügen kennen wir die Wahrheit“ oder „Großvater, wir danken Dir“. Vor Ort waren unter anderem Clemens Otten und Felix Budin von der Akademischen Grenzlandmannschaft Cimbria, Sascha Gasthuber und Robert Faller von der Kameradschaft Germania Wien, Wilhelm Ehemayer (Burschenschaft Tafelrunde zu Wien) und Markus Ullmann (Ex-Kader der VAPO). Angereist war auch eine Delegation des rechtsextremen „Deutschen Kollegs“, die mit eigenem Transparent mitmarschierte.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 8
Heft 09-2002 Abo 401917

Antifaschistisches Pressearchiv und
Falkensteinstr. 46

10997 Berlin

■ **Russland (Moskau)** – General Igor Rodionow, Verteidigungsminister unter Ex-Präsident Jelzin, hat in Moskau eine Volkspatriotische Partei Russlands gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern gehören Dumaabgeordnete, Veteranen des Zweiten Weltkriegs, Armeeoffiziere und Vertreter der Kosaken aus dem Süden Russlands. Heftige Kritik übte Rodionow, kommunistischer Abgeordneter der Staatsduma, an „den Juden“: „Was sie in Russland erbeutet haben, müssen sie zurückgeben und müssen sich vor dem russischen Volk öffentlich für die Verbrechen, die jüdische Terroristen und Extremisten begangen haben, entschuldigen“. Leiter des Exekutivkomitees der Partei ist der Antisemit Wladimir Miloserdow.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bvr.de

Internet: www.bvr.de

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0

Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement

Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto

Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto

Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.